

A stylized map of Sudan composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific regions or locations.

# Machterhalt mit neuer Regierung und alten Konflikten

## Der Sudan nach den Wahlen 2015

**AXEL BLASCHKE**

Juni 2015

- Präsident Omer Al-Bashir ist im April dieses Jahres nach 26 Jahren im Amt in einer umstrittenen Wahl mit 94 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden. Die allgemeinen und Präsidentschaftswahlen wurden von den schwachen Oppositionsparteien weitgehend boykottiert und international aufgrund der massiven Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Lebens, restriktiver Maßnahmen gegen Medien sowie Verhaftungen im Vorfeld der Wahlen kritisiert.
- Im inneren Führungszirkel um Präsident Al-Bashir gab es im Rahmen der Regierungsumbildung kaum Veränderungen. Neben Minister\_innen wurden erstmals auch die Gouverneure durch Al-Bashir ernannt. Deren bisherige Wahl war kürzlich durch Änderungen an der Übergangsverfassung abgeschafft worden.
- Vor dem Hintergrund der Kriege gegen Rebellen in den Konfliktregionen Darfur, Blue Nile und Südkordofan sowie Repressionen gegen die Opposition, das zivilgesellschaftliche Leben und die Medien bieten sich derzeit kaum Chancen für einen inklusiven »Nationalen Dialog«.
- Das Regime Al-Bashirs versucht mit noch mehr Kontrolle durch einen immer mächtiger werdenden Geheimdienst und Sicherheitsapparat die Fäden im politisch und sozial auseinanderdriftenden Sudan zusammenzuhalten. Die ehemals starken islamistischen Führungsfiguren werden immer mehr an den Rand gedrängt und seine Regierungspartei zunehmend geschwächt.
- Von der schwachen Opposition hat Al-Bashir wenig zu befürchten. Die Straßen werden sich unter dem Eindruck der brutalen Niederschlagung der Demonstrationen im September 2013 und der verstärkten Repression erst wieder mit protestierenden Menschen füllen, wenn die Überlebensnot unerträglich geworden ist.

Der Sudan hat eine neue Regierung. Nach der Vereidigung des Präsidenten Omer Al-Bashir am 2. Juni wurden nachfolgend ein neues Kabinett sowie neue Gouverneure ernannt. Mit den gezielten Um- und Wiederbesetzungen soll die Macht des Regimes unter zunehmend schwieriger werdenden Bedingungen konsolidiert werden.

Vorangegangen waren Mitte April dieses Jahres Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, mit dem Ergebnis, dass Präsident Al-Bashir nach 26 Amtsjahren in einer umstrittenen Wahl mit 94 Prozent der Stimmen für eine erneute Amtszeit von fünf Jahren wiedergewählt wurde. Seine Regierungspartei NCP (National Congress Party) sicherte sich nach 2010 erneut die Mehrheit im Parlament und stellt nun 323 der 426 Abgeordneten der Nationalversammlung. Die allgemeinen und Präsidentschaftswahlen wurden vom Großteil der schwachen Oppositionsparteien boykottiert und international aufgrund der anhaltenden massiven Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Lebens, restriktiver Maßnahmen gegen Medien sowie Verhaftungen im Vorfeld der Wahlen kritisiert. Die offizielle Wahlbeteiligung von 46,4 Prozent gilt angesichts der verbreiteten Resignation in der Bevölkerung und entsprechend verlassener Wahllokale als wenig realistisch. In sieben Regionen in Südkordofan konnte aufgrund der anhaltenden Kämpfe zwischen Rebellen und Zentralregierung kein Wahllokal geöffnet werden.

### Keine großen Überraschungen im Postenkarussell

Das neue Kabinett besteht aus 31 Bundes- und 36 Staatsminister\_innen. Im inneren Führungszirkel um Präsident Al-Bashir, der aus fünf präsidentialen Assistenten und Vizepräsidenten besteht, gab es im Rahmen der Regierungsumbildung wenig Veränderung. Bakri Hassan Salih und Hassabo Mohammed Abdul-Rahman wurden als seine beiden ersten Stellvertreter wiederernannt. Der bisherige persönliche Assistent des Präsidenten, Ibrahim Ghandour, wechselte auf den bislang von Ali Karti bekleideten Posten des Außenministers. Erster Assistent wurde Mohammed Al-Mirghani, ein Vertreter der Democratic Unionist Party (DUP), die auch schon an der Vorgängerregierung beteiligt war.

Ibrahim Ghandour hat zudem sein Amt als stellvertretender Vorsitzender der Regierungspartei NCP an den

ehemaligen Innenminister Ibrahim Mahmoud Hamid verloren und rückt durch diesen Wechsel als relativ progressiver Akteur in der NCP weiter aus der inneren Einflussosphäre um den Präsidenten. Auf ähnliche Weise wurden andere, bisher zentrale und aus Sicht des Präsidenten zu mächtige oder auf größere Distanz zu haltende Minister und Gouverneure auf Posten versetzt, durch die sie sich schrittweise aus dem Machtzentrum entfernen. Mit dem neuen Parteivize Hamid sehen Beobachter\_innen die NCP und besonders die islamistischen Kräfte in der Partei geschwächt.

Der bisherige Verteidigungsminister und Vertraute Al-Bashirs, Abdelrahim Mohammed Hussein, wird fortan als Gouverneur des Bundesstaats Khartoum fungieren. Beobachter\_innen sehen dies als mögliches Signal dafür, dass das Regime das Machtzentrum in der Hauptstadt neben der umfassenden Kontrolle des mächtigen Geheimdienstes (National Intelligence and Security Service, NISS) durch die Besetzung des Gouverneurpostens mit einem General, wenn auch im Ruhestand, noch stärker absichern will. Der Posten des Verteidigungsministers wurde nur vorübergehend mit Mostafa Osman Abeed besetzt, dem Stabschef der sudanesischen Armee. Neuer Minister im Ölministerium ist Mohammed Zayed, vormals Öl-Staatsminister.

### Weitere Zentralisierung und Ausbau der Macht durch Verfassungsänderungen

Neben den Minister\_innen und Berater\_innen wurden auch die Gouverneure (Walis) der 18 Bundesstaaten erstmals direkt vom Präsidenten ernannt – eine Praxis, die erst durch eine grundlegende Änderung an der seit 2011 gültigen Übergangsverfassung vom Anfang dieses Jahres möglich wurde, welche die Wahl der Gouverneure abschaffte und zu einer weiteren Zentralisierung der Macht in den Händen des Präsidenten führte.

Viele Gouverneursposten wurden gänzlich neu besetzt, andere Gouverneure von ihren angestammten Positionen entfernt und in Bundesstaaten versetzt, in denen sie keine starken Stammesbeziehungen besitzen. Bis auf zwei der neu ernannten Gouverneure bringen alle Arbeitserfahrung beim Staatssicherheitsdienst NISS mit. In den Augen von Analyst\_innen zeigt sich mit diesen Neubesetzungen der Versuch Al-Bashirs, den Einfluss mächtiger NCP-Vertreter\_innen auf die Gouverneure in

den Regionen einzuschränken. Wie sich diese Strategie der Entwurzelung hingegen auf den künftigen Verlauf der andauernden Konflikte auswirkt, bleibt abzuwarten.

Lediglich der Gouverneur von Nordkordofan, Ahmed Haroun, wurde in seinem bisherigen Amt belassen. Sowohl Hussein, der ehemalige Verteidigungsminister und neue Gouverneur von Khartoum, als auch Haroun gehören neben Al-Bashir zur Gruppe derer, die vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) wegen Menschenrechts- und Kriegsverbrechen im Darfurkonflikt angeklagt sind.

Neben der Ernennung der Gouverneure wurden dem bereits zuvor sehr mächtigen Geheimdienst NISS im Rahmen der Verfassungsänderungen vom Anfang dieses Jahres noch umfassendere Befugnisse und Immunität gegeben. Ebenso wurde die Behörde verfassungsmäßig der Polizei und dem Militär gleichgestellt. Insgesamt wird durch diese Aufwertung des NISS und die jüngste Regierungsumbildung mit einer noch weiter zunehmenden Kontrolle des politischen und zivilgesellschaftlichen Lebens durch die Sicherheitsinstitutionen zu rechnen sein.

Mit mehr Kontrolle und einem mächtiger werdenden Sicherheitsapparat versucht Al-Bashir seine Macht zu konsolidieren. Die Entmachtung zentraler islamistischer Führungspersonlichkeiten führt jedoch auch dazu, dass er sich von seiner angestammten Machtbasis weiter entfernt und wichtige Unterstützung verliert. Perspektivisch könnte der Präsident deshalb dazu gedrängt werden, nach neuen politischen Alliierten zu suchen. Diese könnte er in der Opposition oder unter den Rebellengruppen finden, müsste hier jedoch neue, attraktive Angebote unterbreiten.

### Nationaler Dialog ohne Perspektive

Insgesamt gibt es wenig Hoffnung auf positive Veränderung: Die verbliebenen Chancen für einen inklusiven »Nationalen Dialog«, wie ihn der Präsident Anfang 2014 angekündigt hatte und an dessen Ende Frieden im Land und demokratische Reformen in Aussicht gestellt wurden, stehen denkbar schlecht. Große Teile der politischen und bewaffneten Opposition hielten die Ankündigung des Dialogs von Anfang an für ein taktisches Manöver, um Zeit zu gewinnen und Interesse der Regierung an

einem inklusiven Friedens- und Reformprozess vorzutäuschen. Sie fühlen sich darin nun unter dem Eindruck des zähen Prozesses und der in den vergangenen Monaten weiter beschnittenen Freiheiten, Konfiszierungen von Zeitungen und Redaktionsschließungen sowie gezielten und scheinbar willkürlichen Verhaftungen bestätigt. Die meisten Oppositionsparteien und -gruppen sind nicht willens, dem Regime das entsprechende Vertrauen entgegenzubringen.

Die Regierung hält bislang auch in der neuen Besetzung an ihrer repressiven Linie gegen die Opposition, Zivilgesellschaft und Medien fest. Die Kriege gegen verschiedene Rebellengruppen in drei Regionen des Landes werden mit unverminderter Härte weitergeführt. Ein ernsthafter inklusiver Dialog scheint unter diesen Bedingungen ausgeschlossen.

### Zwischen Zentrum und Peripherie herrschen weiter Kriege

Obwohl sie aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend verschwunden sind, dauern die Kriege zwischen verschiedenen Rebellengruppen aus dem Westen und Süden des Landes, der sudanesischen Armee sowie Regierungsmilizen in den Regionen Darfur, Blue Nile und Südkordofan weiter an und haben sich kurz vor Beginn der Regenzeit noch einmal deutlich intensiviert. Die sudanesische Regierung reglementiert strikt den Zugang von humanitären Organisationen zu den Konfliktregionen. Die humanitäre Situation und die Sicherheitslage in den Krisengebieten sind entsprechend dramatisch und die Flüchtlingszahlen steigen weiter rapide an. Die Zivilbevölkerung ist permanentes Ziel von Bombardements durch die Armee, Bandenwesen und Attacken von Regierungsmilizen der Rapid Support Forces (RSF) – den institutionalisierten und hochgerüsteten Nachfolgeeinheiten der Janjaweed-Reitermilizen, die im Darfurkonflikt für Massaker und Massenvertreibungen verantwortlich gemacht werden und direkt dem NISS unterstellt sind. Kriegsmüdigkeit und schwindender Rückhalt in der Armee hatten Al-Bashir 2013 zur Schaffung dieser paramilitärischen Einheiten bewegt.

In diesen lange bestehenden Konflikten zwischen der Zentralregierung und der marginalisierten Peripherie sucht das Regime weiter nach militärischen Lösungen und zeigt kein Interesse an einem dringend benötig-

ten regionsübergreifenden Friedensprozess. Zeitgleich erhöht die sudanesische Regierung seit Herbst letzten Jahres den Druck auf die hybride UN-/AU-Friedensmission UNAMID in Darfur, eine Strategie für ihren Abzug zu erarbeiten. Die UNAMID-Mission ist seit langem scharfer internationaler Kritik ausgesetzt: Ihr wird vor dem Hintergrund wiederholter Angriffe von Bewaffneten auf Zivilist\_innen und Vergewaltigungen vorgeworfen, ihrem Mandat des Schutzes der Zivilbevölkerung nicht nachzukommen – bzw. nicht nachkommen zu können.

### Sudan, der Westen und die Golfstaaten – Ende der Isolation? Eher nicht

Außenpolitisch stehen die Zeichen nach der Kabinettsbildung auf Kontinuität. Der neue Außenminister Ghandour hatte bereits als Präsidentschaftsassistent intensiv internationale Kontakte gepflegt und gilt ob seiner nicht vorhandenen Vergangenheit bei Staatsicherheit und Armee als im Westen akzeptabler als andere Spitzenvertreter der Regierung. Er wird weiter daran arbeiten, den Sudan aus der internationalen Isolation des Westens herauszuholen zu wollen.

Während die USA die sudanesische Regierung weiter mit jährlich verlängerten Sanktionen sowie internationalem Druck zu schwächen versuchen, gab es im Februar seit langem wieder direkte Gespräche zwischen den Außenministern beider Länder sowie im Frühjahr vorsichtige Anzeichen einer möglichen Entspannung. US-Sanktionen auf Computer, Smartphones und Software wurden nach einem Besuch Ghandours in Washington aufgehoben. Die Geheimdienste beider Länder kooperieren bereits seit geraumer Zeit. Die USA stehen jedoch, wie die meisten Staaten der internationalen Gemeinschaft, dem angekündigten Nationalen Dialog sowie den jüngsten innenpolitischen Entwicklungen kritisch gegenüber. Zudem belasten die andauernden Kriege und der Haftbefehl des IStGH gegen Präsident Al-Bashir die Beziehungen zu westlichen Staaten weiter schwer; eine Normalisierung wie im Falle Kubas liegt in weiter Ferne. Westliche Interessen zielen vorrangig auf eine Stabilität im Sudan sowie – aus europäischer Sicht – auf spezifische Interessen wie die Kooperation mit Sudan als bedeutendem Transitland für große Migrationsströme aus dem erweiterten Horn von Afrika über Libyen in Richtung Europa.

Am jüngst eingeschlagenen außenpolitischen Kurs der sudanesischen Regierung, den Sudan enger an die Golfstaaten und Ägypten anzubinden und zum Iran weiter auf Distanz zu gehen, wird Khartoum bis auf Weiteres festhalten. Im März war Sudan der von Saudi-Arabien geführten Allianz beigetreten, welche die vom Iran gestützten Houthi-Rebellen im Jemen bekämpft.

Sudan pflegt bis in die späten 1980er-Jahre zurückreichende Beziehungen zum Iran, hat jedoch in den letzten zwölf Monaten eine scharfe außenpolitische Wende hin zum regionalen Rivalen Irans, Saudi-Arabien, vollzogen – verbunden mit der Hoffnung auf finanzielle Hilfen und Investitionen aus Riyad und Qatar für die krisengeschüttelte sudanesische Wirtschaft. Das starke iranische Engagement in der sudanesischen Rüstungsindustrie könnte nun zur Disposition stehen. Mögliche Nachfolger in dieser Rolle dürften in China oder Russland zu finden sein.

### Spannungen mit dem Nachbarn im Süden

Während es im seit 2011 unabhängigen und seit Dezember 2013 in Gewalt und Chaos versinkenden Südsudan kaum Aussicht auf baldigen Frieden gibt, ist das Verhältnis zum Sudan im Norden unverändert spannungsgeladen. Auch an dieser Stelle lässt die neue Regierung unter Führung Al-Bashirs auf keine rasche Entspannung der Lage hoffen. Beide Länder befinden sich in einer wirtschaftlichen Schicksalsgemeinschaft: Das im Binnenland Südsudan geförderte Öl muss mangels Alternativen für den Weitertransport per Pipeline zum Hafen in Port Sudan gepumpt werden, wofür Khartoum Transfergebühren erhebt. Im vergangenen Jahr machten diese Gebühren nach offiziellen Angaben für Sudan Einnahmen in Höhe von 884 Mio. US-Dollar aus. Der nach wie vor ungeklärte Grenzverlauf durch Teile der ölreichen Grenzregionen, der unklare Status der ölreichen Grenzregion Abyei und gegenseitige Bezeichnungen, die Regierungen würden im Nachbarland Rebellengruppen unterstützen, tragen großes Potenzial für Konflikte. Der Strom von Flüchtlingen, zumeist Frauen und Kinder, die im Süden des Sudan vor den Kämpfen im Südsudan Schutz suchen, reißt nicht ab. Seit 2013 sind laut UNHCR ca. 150.000 Menschen in den Sudan geflüchtet. Die dramatische Unterversorgung mit humanitärer Hilfe sorgt für weiteres Destabilisierungspotenzial in den betroffenen Regionen.

## Keine Aussicht auf Ende der Wirtschaftskrise

Die gesamtwirtschaftliche Lage des Sudans ist nach wie vor desaströs. Konsistente wirtschaftspolitische Konzepte sind von der Regierung auch in der neuen Legislaturperiode eher nicht zu erwarten. Vor der Abspaltung des Südsudan 2011 bestritt der Sudan seine Exporte zu 95 Prozent durch umfangreiche Ölvorkommen, die vor gut zehn Jahren entdeckt worden sind. Der Verlust von 75 Prozent der ölreichen Gebiete an den Südsudan und die versäumte Diversifizierung der Wirtschaft führte unmittelbar nach der Staatsteilung zu drastisch sinkenden Staatseinnahmen, einer anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise, Devisenknappheit und einem massiven Wertverlust des sudanesischen Pfunds, und damit zu rapide steigenden Lebenshaltungskosten. Seit dem Ausbruch des Konflikts im Südsudan im Dezember 2013 ist die geförderte Ölmenge im Süden, an welcher der Sudan mitverdient, zudem drastisch zurückgegangen; die Ölfelder im Südsudan werden von den anhaltenden Kämpfen bedroht.

Sudan benötigt dringend Devisen, um die heimische Währung zu stützen und den Import von Lebensmitteln sowie anderen benötigten Gütern zu ermöglichen. Nachdem in 2012 und 2013 zunächst versucht wurde, mit Austeritätsmaßnahmen gegen die Abwärtsspirale vorzugehen, werden die Einnahmeverluste nun zumindest teilweise durch die zunehmende Extraktion von Bodenschätzen kompensiert. Insbesondere der Goldabbau steht hier im Fokus: Gegenwärtig ist Sudan hinter Südafrika und Ghana der drittgrößte Goldexporteur Afrikas. Geplant ist, sich bis 2018 an die Spitze zu setzen. Auch in die Agrarwirtschaft wird wieder mehr investiert, dennoch wird der Sudan ohne strukturelle Wirtschaftsreformen kaum in der Lage sein, eine wirklich nachhaltige Stabilisierung der Wirtschaft zu erreichen.

Hohe Auslandsschulden drücken zudem auf den sudanesischen Staatshaushalt. Schätzungen zufolge fließen zwischen 70 und 80 Prozent des Budgets in den Sicherheitsapparat aus Armee, Staatsicherheit und Polizei. Als Teil der Strukturanpassungsprogramme, an die eine mögliche Entschuldung des Sudan gekoppelt ist, wird der personell überbordende öffentliche Sektor geschrumpft. Der Abbau trifft jedoch auch den ohnehin schwer unterfinanzierten Bildungssektor. Durch Schulschließungen und Lehrermangel entstehen so insbesondere in der Peripherie weitere schwere Bildungsmissstände. Ein

anhaltender Abstrom qualifizierter Arbeitskräfte auf die arabische Halbinsel und in Industrieländer verschärft die Situation auf dem sudanesischen Arbeitsmarkt weiter. Bereits seit Jahren wird der Fachkräftemangel im Sudan durch Arbeitskräfte aus ostafrikanischen Nachbarländern und Asien gedeckt. Obwohl aus Sicht des IWF und der Weltbank Reformfortschritte erzielt wurden, ist der Sudan – nicht zuletzt mit Blick auf die kritische innenpolitische Entwicklung – von einem Schuldenerlass noch weit entfernt.

Auf dem Land lasten überdies Wirtschafts- und Finanzsanktionen der USA und der EU, welche die wirtschaftliche Krise weiter verschärfen. Unmittelbar treffen die Folgen der Sanktionen jedoch die ärmeren Bevölkerungsteile durch steigende Preise, bedingt durch Inflation und Subventionsabbau. Angesichts des Haftbefehls des IStGH gegen Präsident Al-Bashir und andere Angehörige des Regimes besteht für das Land jedoch wenig Aussicht auf eine baldige Aufhebung der Sanktionen und eine stärkere internationale Wiedereinbindung. Die Isolation des Sudan ohne Optionen auf westliche Finanzierung hat China sowie Malaysia und Indien zu wichtigen Handels- und Investitionspartnern des Sudan werden lassen. Jüngst hat China beim geplanten Großprojekt eines neuen internationalen Flughafens nahe Khartoum umfangreiche Investitionen angekündigt.

## Massenverarmung gewinnt an Geschwindigkeit

Die großen Wachstumsraten während der ölreichen Jahre des letzten und vorletzten Jahrzehnts verdeckten die schon in dieser Zeit dramatisch zunehmende Verarmung breiter Teile der Bevölkerung. Mit der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise nach der Sezession des Südsudan hat diese Massenverarmung weiter an Geschwindigkeit und Ausmaß gewonnen. Etwa die Hälfte aller Sudanesischen und Sudanesen lebt unter der absoluten Armutsgrenze von zwei US-Dollar am Tag, mit einer starken regionalen Varianz. Insbesondere im Ostsudan und in Darfur spitzt sich die Verarmung zu und der Bedarf an humanitärer Hilfe in den ärmsten und den Krisenregionen wächst zusehends.

Armut und Überlebensnot gelten derweil als einziger Auslöser für größere öffentliche Proteste und Demonstrationen im Sudan. Im September 2013 war es nach der Streichung von Treibstoffsubventionen und in der Folge

sprunghaft gestiegener Lebenshaltungskosten zu Massendemonstrationen und Ausschreitungen gekommen, bei denen nach divergierenden Angaben zwischen 200 und 250 Menschen durch die gewaltsame Niederschlagung der Proteste durch das Regime starben. Der von vielen erhoffte Arabische Frühling am Nil blieb aus.

Die Bedürfnisse der weiter verarmenden Bevölkerung standen bei der nun vorgenommenen Neuformierung der Regierung erneut hinten an; die Ministerien für Gesundheit, Bildung und Soziales sowie Finanzen wurden nicht neu besetzt.

#### Fazit: Machterhalt am Nil durch mehr Kontrolle

Der Macht-Manager Al-Bashir greift mit seinem Apparat abermals und kräftiger zu, um das Regime aus Regierungspartei und -apparat sowie Militär und Staatssicherheit zusammenzuhalten. Er trotzt damit erneut den teilweise divergierenden Interessen aus nebeneinander existierenden Machtbasen und dem wachsendem Unmut in der Bevölkerung aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage. Angesichts der drohenden Verhaftung durch den Internationalen Strafgerichtshof, der er jüngst beim AU-Gipfel in Südafrika wieder einmal knapp entgangen war, bleibt Präsident Al-Bashir kaum eine andere Option als der Machterhalt durch noch mehr Kontrolle im Staatsapparat und in seiner Regierungspartei.

Den von Kenner\_innen des Landes vielzitierten »hektischen Stillstand« am Nil könnte man mit Blick auf den wieder weitgehend intern rotierten Machtapparat erneut bestätigt sehen. Dennoch vollzieht sich die seit der

Abspaltung Südsudans zu beobachtende Entwicklung zur alles durchdringenden Kontrolle durch den Sicherheitsapparat mit einer größeren Dynamik als bislang. Die verfassungsmäßige Aufwertung erlaubt es dem Geheimdienst mit garantierter, weitreichender Immunität noch mehr Macht in jedem Teilbereich des Staates und des gesellschaftlichen Lebens auszuüben als zuvor. Es ist wahrscheinlich, dass Willkür und Kontrolle unter diesen Vorzeichen zunehmen, Freiheiten weiter eingeschränkt werden und die RSF-Milizen des Geheimdienstes noch umfangreicher zum Einsatz kommen werden.

Gleichzeitig verlieren die islamistischen Kräfte, die seit Jahrzehnten eine bedeutende Rolle im Machtzentrum der Regierungspartei NCP und in der Politik des Landes gespielt haben, gegenüber der wachsenden Macht des Sicherheitsapparates weiter an Einfluss. Es stellt sich die Frage, wie die Veteranen des politischen Islam und die von der sudanesischen Realität des politischen Islam enttäuschte islamistische Jugend angesichts dieses Bedeutungsverlustes reagieren werden.

Die größte Bedrohung für die Stabilität des Regimes sind möglicherweise zunehmende interne Machtkämpfe in der Regierungspartei oder sich verschärfende Rivalitäten und Konkurrenz zwischen der Armee und dem Staatssicherheitsdienst. Von der schwachen und konzeptlosen Opposition hat Al-Bashir hingegen wenig zu befürchten. Die Straßen werden sich unter dem Eindruck der brutalen Reaktion des Apparats auf die Demonstrationen im September 2013 und der ausgeweiteten staatlichen Kontrolle erst wieder mit protestierenden Menschen füllen, wenn die Überlebensnot unerträglich geworden ist.



## Über den Autor

**Axel Blaschke** leitet seit 2014 die Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung im Sudan.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Beyhan Şentürk, Referentin für Sudan

Tel.: ++49-30-269-35-7463 | Fax: ++49-30-269-35-9233  
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:  
[info.nahost@fes.de](mailto:info.nahost@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



**ISBN 978-3-95861-199-3**